

blickpunkt

DGB
Bayern

Rechtsextremismus in Bayern

Befunde · Argumente · Gegenstrategien

München 2012



Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
www.bayern.dgb.de

München, 2012

Verantwortlich:

Matthias Jena, Vorsitzender DGB Bayern

Autoren:

Robert Andreasch
Robert Günthner
Wolfgang Veiglhuber

Redaktion:

Timo Günther
Robert Günthner

Fotos:

Robert Andreasch (soweit ohne Einzelnachweis)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Matthias Jena, Vorsitzender DGB Bayern	4
1 Die extreme Rechte in Bayern (Robert Andreasch).....	5
2 Gewerkschaften im Fokus der Rechten (Robert Günthner)	12
3 Faschismus und Neofaschismus – Der spezifische Zugang der Gewerkschaften (Wolfgang Veiglhuber)	18
Historisches und Grundlegendes	18
NPD, Neonazis und ihre Sozialhetze	22
Aus aktuellem Anlass:	
Eliten und Pöbel – Sarrazin, die Unterklassen und die Vererbung	24
Gewerkschaften und Neofaschismus	26
Grundlegende Orientierungen der Gewerkschaften und des DGB Bayern	28
Handlungsmöglichkeiten	29
4 Literatur, Zeitschriften, Kontakte	31

Vorwort



Matthias Jena
Foto: DGB Bayern / Kerstin Groh

Eine schier unfassbare Mordserie hat Ende 2011 die Öffentlichkeit aufgeschreckt: Über lange Jahre im Untergrund, unentdeckt und unerkannt, haben rechtsterroristische Gewalttäter Morde an Bürgern mit Migrationshintergrund verübt. Mindestens zehn Tote, darunter fünf in Bayern, in sieben Jahren sind die blutige Bilanz derjenigen, die sich selbst als „NSU“ titulierte, als „Nationalsozialistischer Untergrund“.

Diese Taten sind nur die Spitze eines Eisberges: In den vergangenen Jahrzehnten gab es zunehmend rechtsextrem und ausländerfeindlich motivierte Straftaten bis hin zu Morden.

Aber nicht nur die sichtbaren rechten Gewaltexzesse sind es, die die Gesellschaft aufschrecken müssen. Rechtsextremistische, ausländerfeindliche, nationalistische, antisemitische, rassistische Gedanken greifen um sich, auch in Bayern. Es darf zudem daran erinnert werden, dass eine bei Wahlen punktuell durchaus erfolgreiche rechtspopulistische Partei, „Die Republikaner“, 1983 in Bayern gegründet wurde. Auch heute ist, wenn auch in anderer Form, rechtes Gedankengut gegenwärtig und sind Rechte in Bayern aktiv, in Kameradschaften und neonazistischen Netzwerken. Wie sich die aktuelle Entwicklung der extremen Rechten in Bayern gegenwärtig darstellt, zeigt eine Übersicht von Robert Andreasch in dieser Broschüre.

Die Grenzen zwischen den „akzeptierten“ rechten Einstellungen und denen der extremen Rechten sind fließend. Weil das so ist, können NPD und rechte Kameradschaften auch immer wieder an den weit verbreiteten Bewusstseinsformen anschließen. Dabei gibt es auch Akteure, die, bewusst oder unbewusst, eine Art Bindeglied darstellen. Der ehemalige Berliner Senator Thilo Sarrazin ist das jüngste, aber nicht das einzige Beispiel dafür. Er ist ein „Zwischenspieler“ an der Grenze zwischen rechts und rechtsextremistisch oder neonazistisch.

Diese Strukturen zu erkennen, ist wichtig für die Auseinandersetzung mit Neonazismus jedweder Couleur und Erscheinungsform. Dabei kommt gerade den Gewerkschaften aus mehreren Gründen eine wichtige Rolle zu.

Zum einen sind gewerkschaftliche Veranstaltungen zunehmend „Aufmarschgebiete“ von rechtsextremen Aktivisten. Sie versprechen sich davon auch ein Andocken an gewerkschaftliche Themen. NPD und rechte Kameradschaften versuchen, sich als „Trittbrettfahrer der sozialen Frage“ zu profilieren.

Zum zweiten organisieren Gewerkschafter vor Ort seit vielen Jahren Bündnisse gegen rechts oder arbeiten darin aktiv mit. Das führt zunehmend dazu, dass aktive Kolleginnen und Kollegen in rechten Netzwerken namentlich erwähnt und bedroht werden.

Und zum dritten müssen Gewerkschaften auch selbstkritisch in die eigene Mitgliedschaft blicken. Wir stellen fest: Auch wir haben Mitglieder mit rechten, ausländerfeindlichen oder nationalistischen Einstellungen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Um für diese Auseinandersetzung gewappnet zu sein, gibt es in dieser Veröffentlichung einen grundlegenden Artikel über den spezifischen Zugang und die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften bezüglich Faschismus und Neofaschismus.

Wir hoffen, die Broschüre findet breiten Anklang und führt zu lebhaften Diskussionen bei denen, für die sie geschrieben ist: Aktive in den Gewerkschaften und darüber hinaus, Multiplikatoren in Betrieben und Referenten/innen in der Bildungsarbeit, Redner/innen bei Veranstaltungen und alle Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv gegen rechts engagieren.

Ihnen allen gilt unser ganz besonderer Dank. Denn ohne sie und ihr Engagement ist eine menschenwürdige, offene, soziale, gerechte und tolerante Gesellschaft nicht zu haben.

Matthias Jena
Vorsitzender des DGB Bayern

Die extreme Rechte in Bayern

In der Silvesternacht 2011/2012 schlagen fünf Nazi-Skins auf dem Stadtplatz im niederbayerischen Neustadt/Donau auf vier Antifaschisten ein. Ein Passant, der sich einmischte, wird von den Neonazis festgehalten, attackiert und am Boden liegend mit Stiefeln getreten. Der 31-Jährige wird schwer im Gesicht verletzt und muss in einer Spezialklinik behandelt werden.

In der gleichen Nacht im mittelfränkischen Ansbach: 20 Neonazis greifen das linksalternative Lokal „Störtebeker“ an der Würzburger Straße an. Sie versprühen Pfefferspray, werfen mit Feuerwerkskörpern, schlagen mehrere Menschen zu Boden, treten auf bereits am Boden Liegende mit Füßen ein. Einer der angegriffenen Kneipengäste erleidet eine Kopfplatzwunde, mehrere Personen Knochenbrüche, sieben weitere werden durch Pfefferspray verletzt. Die Beteiligten an der gezielten neonazistischen Attacke, die das Polizeipräsidium Mittelfranken in einer Pressemeldung später als „Auseinandersetzung“ bezeichnet, stammen aus Hamburg, Rheinland-Pfalz, Unterfranken und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen.

Am 6. Januar 2012 kommen im „Deutschen Hof“ im oberfränkischen Haßlach-Stockheim 40 Neonazis zum „Dreikönigstreffen“ der Bayern-NPD zusammen. Auf dem Programm stehen Auftritte des neuen Bundesvorsitzenden Holger Apfel und der neonazistischen „Liedermacher“ Jörg Hähnel und Frank Rennicke. Den Versammlungsort, einen seit Jahren einschlägig bekannten Landgasthof bei Kronach, versucht die NPD bis zuletzt geheim zu halten. Zu Protesten kommt es nicht.

In Bayern sind – in absoluten Zahlen – mehr Neonazis aktiv als in allen anderen Bundesländern. Motiviert werden sie nicht zuletzt von einer weiten Verbreitung nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologiefragmente in der bayerischen Bevölkerung. Wie Studien der Universität Leipzig eindeutig nachgewiesen haben, ist der Anteil an vorurteilsbeladenen Menschen im Süden deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Die extreme Rechte, so „plural“ und regional unterschiedlich ihre Szenen, Arbeitsweisen und verbreiteten Inhalte erscheinen mögen, bewegt sich vor diesem Hintergrund auch in Bayern zwischen einer gewissen „Bürgerlichkeit“ einerseits und einer militanten Radikalität andererseits.

Die NPD

Im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl 2008 versuchten die Aktivisten/innen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), flächendeckend die neonazistische Partei als eine „normale“ Kraft im Parteienspektrum zu etablieren. Als Hauptfeind galt auf der einen Seite die CSU, der „konservative“ Wähler/innen abgeworben werden sollten, auf der anderen Seite die Partei „Die Linke“, deren möglichen Einzug ins Maximilianeum die Neonazis verhindern wollten. Die Aktivisten/innen um Landeschef Ralf Ollert und den Vize-Landesvorsitzenden Sascha Roßmüller hatten im Vorfeld einen Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde angekündigt. Über 60 000 Wähler/innen gaben der NPD schließlich ihre Erststimme, 60 000 ihre Zweitstimme. Doch die bayerischen Neonazis waren vom 1,2-Prozent-Ergebnis ernüchert.

Seither hat die Bedeutung der Bayern-NPD abgenommen, und viele Neonazi-Aktivisten/innen setzen vermehrt auf parteifreie Organisationsansätze. Mit Aktionen, Flugblättern und Aufklebern versuchen jedoch Parteifunktionäre/innen in allen bayerischen Bezirken weiterhin, der Bayern-NPD (die mit 800 Mitgliedern nach wie vor einen der größten und finanzkräftigsten Landesverbände der neonazistischen Partei stellt) wieder größere Aufmerksamkeit und mehr Einfluss zu verschaffen. Kerstin Sager hat 2011 damit begonnen, mit einem bayerischen Landesverband des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF) mehr Frauen für die NPD zu werben. Anfang Januar 2012 startete die Bayern-NPD eine Wiedergründung ihres eingeschlafenen Jugendverbands „Junge Nationaldemokraten“.

Die Partei verfolgt gleichzeitig unterschiedliche, oft widersprüchliche politische Strategien: Flugblätter gegen genetisch manipulierte Lebensmittel und eine Broschüre über Förderungsmöglichkeiten für junge Familien sollen beispielsweise eine „bürgerliche“ Seriosität suggerieren. Inhaltlich

Die NPD um den Landeschef Ralf Ollert erhielt bei der Landtagswahl 2008 in Bayern 60.000 Stimmen.



werden an NS-Verherrlichung, rassistischer und antisemitischer Agitation jedoch keine Abstriche vorgenommen. Nur zwei Beispiele: Der „Schriftleiter“ der NS-apologetischen Zeitschrift „Volk in Bewegung“, Roland Wuttke (Mering), ist bei der bayerischen NPD stellvertretender Landesvorsitzender. Daniel Weigl (Wackersdorf), Aktivist des neonazistischen „Freien Netz Süd“ (FNS) und in seinem „Final Resistance“-Verband Verkäufer von „I Love NS“-T-Shirts, leitet den oberpfälzischen NPD-Bezirksverband. Insbesondere in Niederbayern haben es die

Neonazis mancherorts geschafft, eine bekannte und akzeptierte Partei zu werden, deren Veranstaltungen ungestört stattfinden können.

„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) und „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BSF)

In Nürnberg und in München errang die NPD über die von ihr dominierte lokale „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) kommunale Mandate. Der NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert und FNS-Aktivist Sebastian Schmaus bleiben im Nürnberger Stadtrat relativ untätig. In München versucht der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter, mit hunderten an die Verwaltung gerichteten „Anfragen“ gegen Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden, Muslime sowie Linke und Antifaschisten/innen zu hetzen.

In Fürth führen die Aktivisten/innen des neonazistischen „Freien Netz Süd“ ihre lokalpolitischen Aktivitäten ebenfalls unter dem Label einer „Bürgerinitiative“ durch. Die Inhalte der „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BSF) sind unverändert radikal: Die Angebote des jüdischen Museums Fürth beispielsweise werden von der BSF als „kulturfremd“ bekämpft. Die Fürther Neonazis streben mit der BSF einen Antritt bei der Kommunalwahl 2014 an. Auf die NPD und ihr „BIA“-Sammelbecken-Konzept wollen sie dabei offensichtlich verzichten. In der Tat hat sich das Kräfteverhältnis gedreht: Sowohl für die lokale „politische“ Arbeit als auch für landesweite Kampagnen ist es nun vor allem die NPD, die auf die Unterstützung durch die militante Neonaziszene angewiesen ist und nicht mehr umgekehrt. Die Neonazis des „Freien Netz Süd“ versuchen derweil, mittels der Übernahme von Ämtern und über eine Dominanz in einigen Bezirksverbänden ihren Einfluss in der bayerischen NPD zu erhöhen.

Neonazistische Kameradschaften

In Bayern existiert in allen Bezirken fast flächendeckend eine neonazistische „Kameradschaftsszene“. Hier werden auf lokaler Ebene insbesondere Jugendliche angesprochen und für neonazistische Aktionen mobilisiert. Die propagierten „Inhalte“ sind zumeist die Bekämpfung politischer Gegner/innen (sogenannte „Anti-Antifa-Arbeit“), Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Organe sowie eine rassistische und antisemitische Propaganda.

Die Neonazikameradschaften versuchen, ihren Mitgliedern und Sympathisanten/innen eine rechte „Erlebniswelt“ zu bieten, beispielsweise durch Fahrten zu Aufmärschen im In- und Ausland, durch

den Besuch neonazistischer Konzerte oder mit gemeinsamen Unternehmungen. Fotos, die der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München“ (a.i.d.a. e. V.) zugespielt wurden, zeigen beispielsweise, wie Aktivisten/innen der „Kameradschaft München Süd-Ost“ (KMSO) 2011 bei einem „Ausflug“ in die KZ-Gedenkstätte Dachau vor den Öfen im Krematoriumsgebäude posieren.

Zu den bekanntesten bayerischen Neonazi-Gruppen zählen „Voice of Anger“ (Allgäu) und „Nationales Augsburg“ im Bezirk Schwaben, die „Kameradschaft Main-Spessart“ in Unterfranken, die „Kameradschaft Saalefunken“ (Hof) und der „Fränkische Heimatschutz“ (Coburg) in Oberfranken, die „Kameradschaft Nürnberg“, „Freie Nationalisten Weißenburg-Gunzenhausen“ und die „Kameradschaft Altmühltal“ in Mittelfranken, der „Widerstand Schwandorf“ und die „Kameradschaft Urd & Skult“ (Cham) in der Oberpfalz, das Aktivisten/innensammelbecken „Nationales Bündnis Niederbayern“ (NBN) in Niederbayern sowie die „Kameradschaft München“ und die „Jagdstaffel Deutsch Stolz Treu“ (München, Wolfratshausen) in Oberbayern. In der „Division Franken“ organisieren sich überregional mehrere Neonazigruppen aus Mittelfranken. Regelmäßig werden politische Veranstaltungen, z. B. mit Neonazi-Anwälten, Holocaustleugnern oder bekannten NPD-Funktionären, angeboten.

Fast alle „Freien Kräfte“, wie sich die Kameradschaften gern selbst bezeichnen, sind mit Weblogs und/oder Facebook-Accounts im Internet vertreten. FNS, „Nationales Bündnis Niederbayern“ und „AG Schwaben“ („Infoportal Schwaben“) versorgen die Szene zudem mit regelmäßig aktualisierten Neuigkeiten, Diskussionsforen, Videos und Weblinks. „Radio Frei – Sozial – National“ aus dem oberpfälzischen Weiden stellt mehrere Online-Radioprogramme sowie eine eigene, neonazistische Online-Community zur Verfügung und kooperiert dabei eng mit dem NPD-Landesverband.



Matthias Fischer (Mitte) aus dem Führungstrio des Freien Netz Süd bei einem Neonaziaufmarsch durch Wohngebiete in Schwandorf im Dezember 2011.
Foto: Jan Nowak

Das „Freie Netz Süd“ (FNS)

Der Ende 2008 initiierte Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd“ (FNS), dem die meisten bayerischen Neonazigruppen angehören, hat sich zur wichtigsten neonazistischen Organisation in Bayern entwickelt. Fast wöchentlich führen die Aktivisten/innen des FNS in allen bayerischen Bezirken Aufmärsche und Kundgebungen, Veranstaltungen und Flugblattverteilungen durch. Mit dem Aufmarsch am 1. Mai im württembergischen Heilbronn (800 Teilnehmer/innen) und dem Rechtsrock-Open-Air „Frankentag“ (600 Besucher/innen) im unterfränkischen Roden-Ansbach hat das FNS seine hohe Mobilisierungsfähigkeit bewiesen. Vorbild für das straff organisierte „Freie Netz“ war die „Fränkische Aktionsfront“ (FAF), die im Januar 2004 wegen „Wesensgleichheit mit dem Nationalsozialismus“ verboten wurde. Norman Kempken (Nürnberg) und Matthias Fischer (Fürth) aus dem Führungstrio des FNS (zu dem auch der derzeit in der JVA Bayreuth inhaftierte Tony Gentsch gerechnet werden muss), waren bereits für die FAF aktiv. In Ober- und Niederbayern ist unter anderem der bekannte Rechtsterrorist Martin Wiese (Geisenhausen) beim FNS tonangebend.

Inhaltlich ist für eine Mitarbeit im „Freien Netz Süd“ das Bekenntnis ausreichend, „nationaler Sozialist“ oder „nationale Sozialistin“ zu sein (mit diesen Begriffen wird aus rechtlichen Gründen versucht, die Bezeichnung „Nationalsozialist“ bzw. „Nationalsozialistin“ zu vermeiden). In Reden, Auftreten, Transparent- und Bannergestaltung wird eine ausdrückliche Verherrlichung des Nationalsozialismus gepflegt. Als Martin Wiese beim „Frankentag“ 2011 als Redner auftrat, trug er beispielsweise ein T-Shirt mit dem unmissverständlichen Rückenaufdruck „Seine Idee – Unser Weg – Adolf Hitler“.

In seinen Flugblattkampagnen lässt das „Freie Netz Süd“ eine andere Stoßrichtung erkennen: Die Thematisierung der sozialen Frage von rechts her steht hier im Vordergrund, mit einer sich „antikapitalistisch“ bzw. „antiimperialistisch“ gebenden Agitation. „Sag Nein zur Bundeswehr“ heißt es da, „Massenarbeitslosigkeit überwinden – Kapitalismus zerschlagen!“ oder „Zeitarbeit ist Sklaverei“. Die prägnanten Überschriften mögen aus linken Zusammenhängen entlehnt worden sein, die Inhalte sind strikt nationalsozialistisch: Die Bundeswehr wird nicht aus antimilitaristischer Argumentation heraus abgelehnt, sondern weil sie ein „amerikanisches“, wahlweise „israelisches Söldnerheer“ sei, das nicht für „deutsche Interessen“ kämpfe. Der Kapitalismus wird nicht als System von Konkurrenz und Verwertung bekämpft, sondern als personalisiertes „Böses“ in Gestalt „amerikanischer“, wahlweise „jüdischer Kapitalisten“, die gewissermaßen von „außen“ der „deutschen Volksgemeinschaft“ schaden würden.

600 Besucher kamen im Sommer 2011 zum Rechtsrock-Festival „Frankentag“ des FNS nach Roden-Ansbach.



Wie viele andere Neonazigruppen im Bundesgebiet auch, greifen die im FNS organisierten Gruppen Parolen gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen auf und initiieren dazu Aktionen. Ganz bewusst versuchen sie dabei, in der Bevölkerung Zustimmung für radikalisierte und menschenverachtende Phrasen und Aktionsformen zu gewinnen. „Todesstrafe für Kindermörder“ oder „Keine Gnade für Kinderschänder“ heißt es in Artikeln oder Graffiti. Und manchmal schreiten die Neonazis des „Freien Netz Süd“ auch zur Tat, d. h. sie „outen“, demütigen und bedrohen vermeintliche oder tatsächliche Straftäter.

„Unsterblich“ oder „Volkstod“

In letzter Zeit orientieren sich auch Gruppen aus dem „Freien Netz Süd“ an den bundesweit beliebten Neonazi-Kampagnen zum Thema „Volkstod“ und „Werde unsterblich“. Inhaltlich geht es jeweils



Das Aktionsbündnis Nordoberpfalz berichtet auf einer Internetseite über die ungehinderte Beteiligung seiner Aktivisten/innen an einem Faschingsumzug in Neustadt an der Waldnaab 2011.

um die Ablehnung der Demokratie sowie ein völkisch-biologistisches Beklagen eines „Aussterbens“ des „deutschen Volkes“. Bei der „Volkstod“-Aktionsform verkleiden sich Aktivisten/innen als Tod, Sensenmann oder Gespenster und verteilen an ungewöhnlichen Orten, z. B. bei Stadtfesten oder Festivals, antidemokratische Propaganda. Mit dem unmissverständlichen Transparent „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ beteiligten sich 2011 beispielsweise der „Nationale Widerstand Amberg“ und das „Aktionsbündnis Nordoberpfalz“ zum Teil ungehindert an Faschingsumzügen.

Die Aktionsform der sogenannten „Unsterblichen“- bzw. der „Werde unsterblich“-Kampagne entspricht inhaltlich den „Volkstod“-Aktivitäten. Im Mittelpunkt steht ein „völkisches Mahnen“ für den Erhalt einer biologistisch „deutschen“ Herkunft. Ästhetisch werden jedoch die Fackelmärsche des Nationalsozialismus aufgegriffen, die mit Verkleidung (weiße Masken, Kapuzenpullover) und Pyrotechnik eine modernisierte Inszenierung erfahren. Die nächtlichen, unangemeldeten und unangekündigten Aufmärsche werden von den Neonazis gefilmt und – in Anlehnung an Filmtrailer und Videoclips – rasant geschnitten und auf Videoplattformen veröffentlicht. Aufzüge, Transparent- und Plakataktionen sind in den vergangenen Monaten in Schwaben und Niederbayern bekannt geworden.

Neonazi-Immobilien

Die größten Organisationen verfügen zumindest zeitweise über angemietete Räume, die sie nutzen können, z. B. die Allgäuer Kameradschaft „Voice of Anger“ oder die „Kameradschaft München“. Tony Gentsch erwarb im Jahr 2010 für das FNS den ehemaligen Gasthof „Zum Egerländer“ im oberfränkischen Oberprex bei Regnitzlosau. Die abgelegene Immobilie wird seither an fast jedem Wochenende für neonazistische Veranstaltungen oder Partys genutzt.

Regelmäßig schaffen es bekannte NPD-Funktionäre, „Immobiliendebatten“ über angeblich beabsichtigte Häuserkäufe in der bayerischen Öffentlichkeit hochzukochen. Meist wird dabei – in Zusammenarbeit mit sympathisierenden oder querulantisches Besitzern/innen diverser Schrottimobilien – über astronomisch hohe Kaufsummen spekuliert. Die oberfränkische Gemeinde Warmensteinach hat sich beispielsweise zum Kauf einer leerstehenden Pension bewegen lassen, nachdem deren Besitzer mit der reichlich abwegigen Drohung öffentlich Druck ausgeübt hatte, der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger wolle hier ein neonazistisches Zentrum errichten. Tatsache ist: Der NPD-Landesverband denkt über den Erwerb eigener Büroräume in München oder Nürnberg nach, oder – den bescheidenen finanziellen Möglichkeiten geschuldet – auch über Alternativen in der Provinz. Die immer wieder ins Gespräch gebrachten, schwer erreichbar gelegenen und überbewerteten „Militärlager“, „Schulungszentren“, Fabrikhallen und dergleichen stehen jedoch nicht auf der internen NPD-Agenda.

An zunehmend mehr Orten in Bayern werden der NPD und/oder den neonazistischen Kameradschaften bereitwillig Lokale und Vereinsheime für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. In Schwandorf konnte die NPD zwei Jahre lang die im Besitz der katholischen Kirche befindliche „Kreuzberggaststätte“ mit Wissen des Kirchenpflegers für Veranstaltungen und einen Landesparteitag nutzen.

Der Kirchenpfleger segnete der Pächterin der „Kreuzberggaststätte“ die Raumnutzung durch die NPD ab. Im Schützenhaus der Schützengesellschaft Amberg-Kleinraiering durften die Aktivistinnen des „Freien Netz Süd“ und der oberpfälzischen NPD eine ganze Reihe von Veranstaltungen durchführen, unter anderem einen Vortrag des bekannten Holocaustleugners Benedikt Frings und eine sogenannte „Rechtsschulung“. Die Vereinsverantwortlichen, darunter der damalige CSU-Ortsverbandsvorsitzende, hatten monatelang gegenüber der Öffentlichkeit die Raumüberlassung abzustreiten versucht. Im niederbayerischen Deggendorf können Neonazis aus Kameradschaften und NPD regelmäßig auf die Gasthäuser „Pumuckl“ und „Gruber“ zurückgreifen, in Schwaben auf „Karins Grafstüberl“ in Augsburg und den „Landgasthof Jägersruh“ in Mindelau, in Oberfranken unter anderem auf den „Landgasthof Deutscher Hof“ in Stockheim-Haßlach oder den „Gasthof zum Hirschen“ in Michelau-Schwüribitz.

Netzwerke

Wo Neonazis derart als „normaler“ Teil der politischen Landschaft angesehen werden, bleibt nicht nur Protest gegen rechte Aktivitäten aus. Im Lauf der Zeit bilden sich stabile Netzwerke, die dann weit über die Neonaziszene hinausreichen. In ganz Bayern haben sich in den vergangenen Monaten beispielsweise Kooperationen von Neonazis, Mitgliedern der Security- und Türsteherbranche sowie den Unterstützern einiger Motorradclubs („Hells Angels“, „Bandidos“ etc.) herausgebildet. In München und Erlangen ist eine zunehmende Vernetzung der Neonaziszene mit Mitgliedsbünden der „Deutschen Burschenschaft“ zu beobachten. Die Veranstaltungen des „Runden Tisch Niederbayern“ in Mamming, dem führende Funktionäre von NPD und Republikanern sowie Aktivistinnen von Neonazigruppen angehören, werden von der Lokalpresse regelmäßig angekündigt und unkritisch rezensiert. Bei der 90. Veranstaltung des „Runden Tisches“ im November 2010 traten der FDP-Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer und der Landshuter CSU-Politiker Rudolf Schnur als Referenten auf.

Extreme Rechte als „Bürgerbewegung“

Auf das Wähler/innen-Potenzial, das die vielen Käufer/innen von Thilo Sarrazins rassistischem Buch „Deutschland schafft sich ab“ darstellen könnten, haben es auch andere extrem rechte Gruppen jenseits der neonazistischen Szene abgesehen. Sie schüren – oft unter verbaler Abgrenzung von Nationalsozialismus und Neonazismus – rassistische Vorurteile und Ängste und bieten sich in populistischer Manier gleich als diejenigen an, die die „wahren“ Interessen des „Volkes“ vertreten würden.

Insbesondere das Aufgreifen zunehmend weit verbreiteter antimuslimischer Vorurteile als vermeintlich rational begründete „Islamkritik“ soll die zutiefst rassistische Agitation dieser Gruppen verdecken.

In Bayern scharen sich die Anhänger/innen solcher oft „rechtspopulistisch“ genannten Akteure/innen unter anderem um das rassistische Weblog „Politically Incorrect“ („PI-News“, „PI“), sammeln sich in der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) oder der rechten Splitterpartei „Die Freiheit“ (DF).

Es gibt zunehmend Vernetzungen zwischen Neonazis und der „Deutschen Burschenschaft“. Dazu gehört auch die Burschenschaft Danubia in München.



Das bekannte Online-Portal „PI-News“ wird maßgeblich aus Bayern betrieben und mit „Inhalten“ gefüllt. Dafür verantwortlich sind unter anderem Michael Stürzenberger, Christian Jung und Florian Euring aus München, die neben den Web-Aktivitäten auch eine lokal aktive Gruppe antimuslimischer Aktivisten/innen aufgebaut haben. Diese treten vor allem durch das Stören interkultureller Veranstaltungen, das Abhalten kleinerer Kundgebungen und das Verfassen rassistischer sowie sinti- und



romafeindlicher Artikel in Erscheinung. Angefangen hat die Gruppe auch, gegen das „Zentrum für Islam in Europa“ (ZIE-M) in München eine Unterschriftensammlung bzw. ein Bürgerbegehren zu initiieren. Dies entspricht dem Vorgehen der extrem rechten „PRO“-Gruppen Nordrhein-Westfalens, in Gestalt einer „Bürgerbewegung“ und unter Vorspiegelung kritischen „bürgerschaftlichen“ Engagements zuerst mittels Unterschriftenlisten ein Sympathisanten/innennetzwerk aufzubauen. Mit der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (Landesvorsitzender: Michael Stürzenberger) versucht eine mit den „PI“-Aktivisten/innen fast identische Personengruppe, mit einer etwas „seriöser“ beleumundeten Organisation und in gesuchter Verbindung zu evangelikalen und rechtskatholischen Gruppen überregional zu wirken. Die Kleinstpartei „Die Freiheit“ schließlich, in Bayern vor allem durch innerparteiliche Streitereien gekennzeichnet, zielt auf eine Teilnahme an der kommenden Landtagswahl und – zumindest in München – an der Kommunalwahl ab.

Dass diejenigen extremen Rechten, die sich für einen sogenannten „rechtspopulistischen“ Weg entschieden haben, in Bayern bisher politisch relativ unbedeutend geblieben sind, dürfte mehr der Unfähigkeit ihres politischen Personals als den gesellschaftlichen Umständen geschuldet sein. Auch in Bayern konnte Thilo Sarrazin auf Lesereise große Hallen füllen. Die Stadt Deggendorf bewarb einen Sarrazin-Abend auf ihrer Homepage mit dem angeblichen „Mut“ des ehemaligen Berliner Finanzsenators, „unbequeme Wahrheiten“ auszusprechen.

Rechtspopulisten wie Michael Stürzenberger, hier bei einer Kundgebung auf dem Münchener Marienplatz im Oktober 2011, treten als „Bürgerbewegung“ auf, betreiben aber rassistische Agitation. Beispiel: „Gib Islam keine Chance“. Eine Religion wird dort mit einer tödlichen Krankheit gleichgesetzt, die ausgerottet werden soll.

Gewerkschaften im Fokus der Rechten

Gewerkschaften engagieren sich gegen Rechtsextremismus. Dem Aufruf des „Runden Tisch gegen rechts“ in Landshut unter Federführung des DGB zu einer Mahnwache vor dem Rathaus folgten 600 Menschen. Motto am 12. Dezember 2011: „Kein Platz für Nazis“. Foto: Werner Rauch



Die extreme Rechte wandelt sich, organisatorisch und inhaltlich. Rechte Kameradschaften lösen feste Bindungen in organisierten rechten Parteien ab bzw. ergänzen sie. Explizit neonazistische Gruppen haben Zulauf, das Erscheinungsbild wird auf jung und eine rechte „Street Credibility“ getrimmt, die Analogien zur historischen NSDAP werden offener zur Schau getragen. Dies zeigt sich nicht nur schlaglichtartig bei der aus Neonazis bestehenden Gruppierung „NSU“ („Nationalsozialistischer Untergrund“), sondern es wird auch anschaulich durch das „Freie Netz Süd“, einen Zusammenschluss von bayerischen Neonazi-Gruppen, die sich unverhohlen als „Nationale Sozialisten Deutschland“ bezeichnen.

Inhaltlich versuchen die extremen Rechten „auf der Höhe der Zeit“ an soziale Fragen anzuknüpfen. Flugblätter im „Freien Netz Süd“ zeigen dies glasklar: Antikapitalismus, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit oder die Bekämpfung der Leiharbeit sind die Themen (siehe dazu „Die extreme Rechte in Bayern“ in dieser Broschüre). Mit dieser Themensetzung ist der Versuch verbunden, über die soziale Frage an neue Mitglieder – im Idealfall aus der Arbeitnehmerschaft – zu kommen. Das wiederum erklärt auch, warum Gewerkschaften und deren ureigenste Themen und Aktionen in den letzten Jahren in den Fokus der Neonazis geraten sind.

Eine ausführliche Widerlegung der Argumente der extremen Rechten leistet die sehr gute Broschüre des DGB-Bundesvorstandes „Die Trittbrettfahrer der sozialen Frage – Sozialdemagogie von NPD und Neonazis“. Hier soll zumindest ein Schlaglicht auf einige auf den ersten Blick möglicherweise eingängige Parolen der bayerischen Neonazis geworfen werden. Bei aller vermeintlich neuen „antikapitalistischen Radikalität“ sind im Kern die Argumente der Rechten das, was sie immer waren: altes, nationalistisches, chauvinistisches Gebräu. Denn alle „Lösungen“ laufen auf die Neonazi-Zauberformel hinaus: „deutsche Arbeit für deutsche Arbeiter“.

Argumente

Ein im „Freien Netz“ kursierendes Flugblatt der Neonazis trägt die Überschrift „Massenarbeitslosigkeit überwinden. Kapitalismus zerschlagen.“ Was sich liest wie die Kampfrhetorik linksrevolutionärer Kreise, entpuppt sich als schlichte, rechte Propaganda. Unter der Parole „Zeitarbeit verbieten!“ wollen die Rechten einen „staatlichen Arbeitsdienst“, in den die „derzeitigen Zeitarbeiter und 1-Euro-Jobber“ überführt werden sollen. Die Forderung nach einem Mindestlohn in Höhe von 9 Euro schließt sich an. Wer nun Sympathie für die Position entwickelt, sieht sich getäuscht, denn in einem weiteren Flyer unter dem Titel „Kapitalismus bedeutet Krieg“ wird präsentiert, wie sich die Rechte

das konkret vorstellt: „Für alle **deutschen** (Hervorhebung d. Verf.) Beschäftigten in allen Branchen einen Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde“, wird dort gefordert.

Diese Argumentation ist, mögen manche Begriffe sich auch gelegentlich gleichen, der fundamentale Gegensatz zu allen gewerkschaftlichen Forderungen. Gewerkschaften haben sich zusammenschlossen als Organisation der Lohnabhängigen, gleich ob Ausländer oder Inländer, ob schwarz oder weiß, ob Christ oder Moslem, ob Mann oder Frau. Denn der Bezugspunkt für Gewerkschaftspolitik ist die Lohnarbeit, und eben nicht die Nationalität. Deshalb kann und wird es nie auch nur einen Berührungspunkt der Rechten mit dem DGB und seinen Gewerkschaften geben. (Näheres dazu siehe im Artikel „Faschismus und Neofaschismus – Der spezifische Zugang der Gewerkschaften“ in dieser Broschüre).

„Sozial geht nur national!“ meinen die Neonazis im „Freien Netz Süd“. Wie das gehen soll? So, denn der Kern der Argumentation, wird nicht verschleiert: „Ausländerbeschäftigung abbauen!“ ist die Devise. Die Unternehmen sollen in die „nationale Pflicht“ genommen werden: „Als Nationalisten fordern wir, dass deutsche Unternehmen deutschen Arbeitnehmern und ihren Familien Einkommensmöglichkeiten zu bieten haben... Wir fordern deshalb ein Gesetz zur Ausländerrückführung.“ Mit anderen Worten lautet die tumbe Parole: Ausländer raus.

Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass alles Anwanzen der Rechten an gewerkschaftliche Themen zum Scheitern verurteilt sein muss. Gewerkschaften sind internationalistisch und universell. Sie vertreten die Interessen **aller** Mitglieder und **aller** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gewerkschaften haben alle Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben integriert. Und das Betriebsverfassungsgesetz ist ein universelles Recht. Es definiert die Spielregeln im Betrieb für Unternehmen und Beschäftigte. Für alle in einem Betrieb Beschäftigten und eben nicht nur für deutsche.

Die Rechten scheinen diese prinzipiellen, unüberbrückbaren Gegensätze auch wahrzunehmen und keilen entsprechend gegen die Gewerkschaften aus. In einem weiteren Flugblatt „Die deutsche Linke ist volksfeindlich!“ wird geklagt, „die DGB-Gewerkschaften vertreten nicht die Interessen deutscher Arbeitnehmer!“ Das stimmt sogar, denn, siehe oben: Die Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer, aller Arbeitnehmer. Diesen unüberwindbaren Graben betonen die Rechten auch, wenn sie die Gewerkschaften attackieren und Ressentiments bedienen und schüren: „Schließlich zahlen viele Fremdarbeiter bei DGB-Gewerkschaften ihre Mitgliedsbeiträge, wodurch die Gewerkschaftsbonzen gemästet werden. Die Kapitalisten nutzen die vielen Fremdarbeiter als Lohndrücker!“ Letzteres ist schon allein aufgrund der Größenverhältnisse falsch. Nicht die angeblichen „Fremdarbeiter“ werden von Unternehmen als Lohndrücker instrumentalisiert, sondern abhängig Beschäftigte, gleich welcher Nationalität. Wie sonst ist die hohe Zahl an Leiharbeitern zu erklären? Wie sonst kann es knapp fünf Millionen Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor geben? Wer dies nur auf die „Fremdarbeiter“ zurückführen will, zimmert sich seine ideologische Welt, um zur gewünschten Schlussfolgerung gelangen zu können: „Die politische Alternative kann nur ein sozialrevolutionärer Nationalismus darstellen.“ Und dieser „sozialrevolutionäre Nationalismus“, so steht zu vermuten, fände dann wiederum ohne Gewerkschaften statt, die verboten würden, während die Beschäftigten wieder in einer Art „Deutsche Arbeitsfront“ versammelt würden. Wie sollte sonst das propagierte Ziel erreicht werden: „Nur ein politisches und wirtschaftliches System, das vom deutschen Volk, vor allem von den deutschen Arbeitnehmern getragen wird, kann die Zukunftsvision sein.“

Angesichts dieses Szenarios, das unverblümt an die Vorstellungen der Nationalsozialisten anknüpft, ist der Button „Nationale Sozialisten Deutschland“ auf der Seite des „Freien Netzes“ durchaus berechtigt. Die Neonazis mögen sich in Organisation und Anmutung verändert haben, der Inhalt bleibt farblich derselbe: braun.

Aufmärsche

Die extremen Rechten versuchen nicht nur inhaltlich über die soziale Frage an die Arbeitnehmer anzudocken. Sie nutzen in den vergangenen Jahren verstärkt den 1. Mai, um sich als die „wahren, nationalen Antikapitalisten“ zu profilieren. Eine (unvollständige) Chronologie belegt diese Versuche in Bayern. Die Gewerkschaften haben jeweils, meistens in breiten Bündnissen, deutlich gegen diese Versuche, den 1. Mai zu instrumentalisieren, mobilisiert. Und sie waren erfolgreich.

1. Mai 2006, Eggenfelden. Rechte mit NPD-Fahnen versuchen, am Demo-Zug der Gewerkschaften teilzunehmen. Der Demo-Zug wird nicht durchgeführt, bei der anschließenden Kundgebung auf dem Rathausplatz bekommen die Rechten eine hintere Ecke des Platzes zugewiesen und dürfen ihre Fahnen nicht ausrollen.

1. Mai 2008, Nürnberg. Die Rechten kündigen einen nationalen 1. Mai mit einer Demo am Nachmittag an. Der DGB veranstaltet am Vormittag seine Mai-Kundgebung, die schon deutlich im Zeichen gegen rechts steht. Am Nachmittag des Maifeiertages demonstriert ein breites Bündnis in Nürnberg gegen die Neonazis. Initiiert vom DGB sind unterschiedlichste Organisationen und Personen auf der Straße: der Oberbürgermeister, die Stadtratsfraktionen, die Parteien in Nürnberg, die Nürnberger Kirchen, die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer Nürnberg.

1. Mai 2009 Weiden. Die Rechten veranstalten einen Demonstrationzug durch die Stadt. Der DGB mobilisiert ein Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Weiden, Politikern aller demokratischen Parteien und Organisationen. Das Verhältnis ist letztendlich 10:1 zugunsten der Demokraten. Die Rechten müssen sich trollen und sind seither nicht wieder aufgetaucht.

1. Mai 2010, Schweinfurt. Süddeutscher Nazi-Aufmarsch am 1. Mai mit ca. 850 Teilnehmern. Dem DGB gelingt es, ein breites Spektrum gegen diesen Aufmarsch zu organisieren. „Schweinfurt ist bunt“ lautet das Motto des gemeinsamen Bündnisses gegen die Rechten. Und es ist erfolgreich: 10.000 Schweinfurterinnen und Schweinfurter zeigen den Neonazis, was sie von ihnen halten. Im Vorfeld des 1. Mai gibt es eine Plakataktion der Rechten am alten Gewerkschaftshaus an der Wilhelm-Leuschner-Straße. Spuren davon sind heute noch zu sehen. Im Übrigen und besonders geschmacklos: Das damalige Gewerkschaftshaus steht an jener Straße, die nach einem sozialdemokratisch und gewerkschaftlich engagierten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus benannt wurde. Wilhelm Leuschner wurde 1944 in Berlin-Plötzensee von den Nazis hingerichtet.

1. Mai 2010, Würzburg. Ein rechter Aufmarsch ist im Anschluss an den in Schweinfurt angemeldet. Im Bündnis „Würzburg ist bunt“ hat der DGB maßgeblich die Gegenaktionen koordiniert. Der Aufmarsch der Rechten findet dann nicht statt, die Gegendemonstration in Schweinfurt zeigt wohl Wirkung. Ebenfalls im Vorfeld des 1. Mai haben Rechte am ehemaligen Gewerkschaftshaus an der Pymstraße Parolen geklebt.

Aktionen

Der DGB Bayern war und ist nicht nur aktiv bei (geplanten) Kundgebungen der extremen Rechten am 1. Mai. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften engagieren sich seit vielen Jahrzehnten gegen jegliche Form rechter, antisemitischer, ausländerfeindlicher oder rassistischer Umtriebe.

Zudem setzt sich der DGB Bayern gegen das Vergessen des Nationalsozialismus ein. Der bayerische DGB und die Gewerkschaftsjugend gedenken seit 60 Jahren kontinuierlich anlässlich der Pogrom-

nacht von 1938 den Opfern des Nationalsozialismus bei zwei zentralen Veranstaltungen in Dachau und Flossenbürg sowie in örtlichen Initiativen, zum Beispiel in Memmingen und Bamberg.

Der DGB Bayern ist eine der Gründungsorganisationen des „Bayerischen Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“. Dieser Zusammenschluss, im Jahr 2005 ins Leben gerufen, erinnert daran, dass das Toleranzprinzip nur dann trägt, „wenn es im Bewusstsein der Bürger lebendig bleibt und in der öffentlichen Auseinandersetzung engagiert und umfassend vertreten wird.“ Ziel des Bündnisses ist, wie es ebenfalls im Bündnisaufruf von 2005 heißt, „im Bereich des Freistaates Bayern Impulse zu geben und Projekte zu unterstützen, die... Aufklärung und geistige Orientierung bewirken und so das Potential des politischen Rechtsradikalismus abbauen können.“ Diesem breiten Zusammenschluss gehören neben dem bayerischen DGB, der evangelischen und katholischen Kirche unter anderem auch der Bayerische Ministerpräsident, Bayerische Staatsministerien, der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinde, der Bayerische Rundfunk, der Bayerische Landes-Sportverband und die Weiße Rose Stiftung e.V. an.

Die vielen regionalen Bündnisse und Zusammenschlüsse zeugen vom breiten, lang anhaltenden Engagement des DGB Bayern gegen jegliche rechte Bestrebungen. Auch hier eine kleine, aktuelle, exemplarische, keineswegs vollständige Übersicht.

2006, *Landkreis Rottal*: Veranstaltung über rechtsextreme Tendenzen. Rechte versuchen zu stören. Im Jahr 2007 gründet sich auf Initiative des DGB ein Bündnis gegen rechts.

Im August 2008 hält die NPD in Eggenfelden eine Wahlveranstaltung ab. Dagegen wird ein Bürgerfest auf die Beine gestellt unter dem Motto „Eggenfelden ist bunt.“ Zentraler Bestandteil der DGB-Aktivitäten ist die Ausstellung „Gerade Dich Arbeiter wollen wir“. Diese Ausstellung, die zum 75. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten konzipiert wurde, ist immer noch im Einsatz. Sie wurde bisher in 17 Orten gezeigt.

Im Herbst 2010 gibt es in Landshut Schmierereien an Schulen. Das Schild am Carossa Gymnasium „Schule gegen Rassismus, Schule mit Courage“ wird mit Hakenkreuzen bis zur Unkenntlichkeit verschmiert, und an die Schulmauern werden rechte Sprüche gesprüht. Diese und weitere Vorkommnisse rufen das Bündnis in Landshut auf den Plan. Im Februar 2011 wird eine erfolgreiche Lichterkette gegen die rechten Umtriebe veranstaltet.

Am 9. Oktober 2010 wird in Schweinfurt ein kurzfristig anberaumter Nazi-Aufmarsch blockiert. Ca. 70 Rechte treffen auf 400 Demonstranten, die erfolgreich blockieren.

Amberg 2010: Rechte Jugendliche wollen eine Demo von ver.di- und DGB-Jugend stürmen, was von der Polizei verhindert werden kann. Im Jahr 2009 werden bei einer Demo in Schwandorf Gewerkschaftsjugendliche von Nazis bedroht und gerempelt.



6000 Menschen schlossen sich am 1. Mai 2010 dem maßgeblich vom DGB koordinierten Bündnis „Würzburg ist bunt“ an und demonstrierten gegen einen angekündigten Nazi-Aufmarsch. Foto: Andreas Jungbauer, Mainpost Würzburg

Auch in zwischenzeitlich bayernweit bekannten Bündnissen gegen rechts – wie in Gräfenberg, Amberg oder in Wunsiedel – ist der DGB zentraler Bestandteil.

Verstärkt ist feststellbar, dass seitens der Rechten versucht wird, (Gewerkschafts-) Veranstaltungen für sich zu instrumentalisieren oder zu stören. Eine neue, nicht zu unterschätzende Dimension ist, dass in rechten Netzwerken, insbesondere im „Freien Netz Süd“, eine deutlich wahrnehmbare rechte Demagogie gegen den DGB stattfindet. Dabei schrecken die Neonazis neuerdings auch nicht davor zurück, gegen rechts aktive Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften und des DGB namentlich zu nennen, ihre Gewohnheiten zu veröffentlichen und dazu aufzufordern, sie „anzufassen“. Diese persönliche Denunziation und Bedrohung stellt eine neue Dimension dar. Der DGB Bayern wird das nicht hinnehmen und dagegen vorgehen.

Zum Schluss dieses Abschnitts noch einige Beispiele für solche Hetze im Netz. Sie belegen, wie wichtig diese Auseinandersetzung mit den Rechten ist und wohl auch in Zukunft bleiben wird. Der DGB Bayern wird sich weiter stark machen für Vielfalt, Offenheit, Menschenwürde, Toleranz und soziale Gerechtigkeit und damit gegen all das, wofür Rechte stehen.

Diese Beispiele zeigen aber auch das mögliche Risiko für aktive Kolleginnen und Kollegen. Denn die rechten Hemmschwellen scheinen zu schwinden. Es bedarf daher auch eines „Aufstandes der Zuständigen“, um die Demokraten wirksam zu schützen.

Beispiel 1

„Nationale Wortergreifung im Nürnberger Rathaussaal 11.11.11 (Nürnberg/Fürth)“

(...) „Großes Interesse im negativen Sinne zeigten jedoch junge Mitglieder des volksfeindlichen Gewerkschaftsverbundes DGB. Etwa acht Sympathisanten der Arbeitverräter griffen sogar einen der nationalen Verteiler körperlich an. Den aggressiven Gewerkschaftern wurde aber schnell durch solidarisches Handeln eines anwesenden Kameraden klar gemacht gemacht, dass sie die Aufklärung, über die soziale Ausbeutung durch Zeitarbeit, nicht behindern können. (...) Sie sind die Helfershelfer der Kapitalisten – hier in Form von Zeitarbeitsfirmen – während sie nach außen hin in heuchlerischer Manier versuchen sich als Vertreter der Arbeitnehmerrechte darzustellen. (...) Es zeigte sich offen, dass die thematische Flugblattverteilung, zusammen mit den kritisch gestellten Fragen während der Veranstaltung, für den Großteil der Zuhörerschaft ein abgerundetes positives Bild des Nationalen Widerstandes hinterließ. Daran konnten selbst die Arbeitverräter vom DGB mit ihren jungen Rowdys nichts ändern.“

Beispiel 2

*„DGB-Haus in München besucht!
30.10.11 (München)“*

„Der DGB veranstaltete am 19. Oktober gemeinsam mit der DIG (Deutsch-Israelische Gesellschaft) München eine Veranstaltung mit dem Thema: ‚Antisemitismus in Ungarn – Eine aktuelle Bestandsaufnahme‘ im Gewerkschaftshaus München. Referentin war die ungarische Antifaschistin und selbsternannte Antisemitismusspezialistin Magdalena Marsovszky, welche Vorstandsmitglied im Viligster Forschungsforum ist. (...) Statt Forschung wird dort aber volksfeindliche, anti-deutsche Hetze betrieben. (...) Die Gewerkschaften, insbesondere der DGB, verraten seit ihrem bestehen das wofür sie einstehen wollen. (...) Das Wohl der Arbeiter interessiert diese Herren schon lange nicht mehr. Vorausgesetzt es hat sie jemals interessiert. Stattdessen gehen sie solch fragwürdige Bünde mit gewaltbereiten Antifaschisten und deren Sprecher ein. So auch an diesem Tage, als sie einer ungarischen Antifaschistin eine Plattform boten. Durch diese Verherrlichung der multikulturellen Gesellschaft, billigen, ja fördern sie sogar die massenweise nach Deutschland strömenden Fremdarbeiter.

Quelle: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2011/11/11/nationale-wortergreifung-im-nurnberger-rathaussaal/>
Download am 19.01.2012

Quelle: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2011/10/30/dgb-haus-in-munchen-besucht/>
Download am 19.01.2012

Diese drücken wiederum die Löhne der deutschen Arbeiter. Das dies nur den Großkapitalisten nutzt, blendet der DGB konsequent aus. Lieber nehmen sie regelmäßig an anti-deutschen Demonstrationen teil und sponsoren linke Schlägertrupps, indem sie diese massenweise in Bussen zu den Krawalldemos karren. (...) So kann man diesen Abend nur mit einem Fazit beenden: DGB-Arbeiterräter“

Beispiel 3

„Unglaubliche Entdeckung: In Schweinfurt gibt es auch ‚Nazis‘!
13.04.10 (Schweinfurt/Hassberge)“

(...) „Verantwortlich für die visuelle Präsenz zeichnet Frank Firsching, Fraktionsvorsitzender für DIE LINKE im Stadtrat sowie DGB-Regionsvorsitzender (http://www.xing.com/profile/Frank_Firsching). Offensichtlich hat Herr Firsching wirtschaftlich ausgesorgt. Mit vollem Bauch lässt es sich auch besser über die knurrenden Mägen der deutschen Arbeitslosen philosophieren. Berichtet wird auf der monotonen Bunt-Seite maßgeblich von Aktivitäten der volksfeindlichen Gewerkschaftsbözen und ihrer linken Lakaien gegen alles Nationale. Im Einklang mit linkskriminellen Antifas und der lokalen Kloakenpresse wird der Versuch unternommen, das bunte Blöd-Bündnis als den Wahrer von Demokratie und Rechtsstaat zu verkaufen. (...) Die Erkenntnis, daß der nationale Klassenfeind bereits schon vor der 01.Mai-Demo in Schweinfurt aktiv ist, schmeckt dem passionierten Dartspieler Firsching von der volksfeindlichen Linken ganz und gar nicht. Aber eins ist sicher: Am 01. Mai 2010 könnt ihr sie aus der Nähe bestaunen. Fotoshootings und „Anfassen“ aber bitte vorher absprechen.“

Quelle: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2010/04/13/unglaubliche-entdeckung-in-schweinfurt-gibt-es-auch-%e2%80%9enazis/>
Download am 19.01.2012

Beispiel 4

„Die Logik des Mobs
04.08.09 (Hof)“

(...) „Oder nehmen wir einen anderen Fall: Ulli Schneeweiß (Siehe: http://www.verdi.de/mittelfranken/wir_ueber_uns/die_geschaefsfuehrung_von_ver.di_mittelfranken) weiß scheinbar genau, daß er kein starker Mann ist, weshalb der stellvertretende Geschäftsführer von Verdi (DGB) seinen Überfall am 3. Juli auf eine Verkäuferin des Tonsberg-Ladens in der Nürnberger Dr. Kurt-Schumacher-Straße mit weiteren rund 30 Genossen geplant hatte. Bei sagen wir zehn Verdi-Aktivisten wäre sich Schneeweiß hinsichtlich des Erfolgs der Aktion wahrscheinlich unsicher gewesen. Und dann noch der Gedanke, ob er es alleine mit der einzelnen Verkäuferin aufnehmen könnte? Würde sie ihm vielleicht ein paar in die ‚Eier‘ treten?“ (...)

Quelle: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2009/08/04/die-logik-des-mobs/>
Download am 19.01.2012

Faschismus und Neofaschismus – Der spezifische Zugang der Gewerkschaften

Historisches und Grundlegendes

Warum es die „völkische Gemeinschaft“ nicht gibt

Ausgangspunkt der Gewerkschaften ist die Entstehung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert. Dabei sind zwei Elemente zentral: Erstens werden aus Menschen massenhaft Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter ohne Eigentum, zweitens ist das einzige, worüber diese verfügen können, die eigene Arbeitskraft als Ware. Der Verkauf dieser Ware Arbeitskraft stellt die alleinige unmittelbare Möglichkeit zur Existenzsicherung dar. Dieser Verkauf gelingt allerdings nur, wenn es einen Käufer gibt, der die menschliche Arbeitskraft profitabel verwenden kann. Der objektive Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft konstituiert eine gesellschaftliche Schichtung – Sozialstruktur oder Klassenstruktur – basierend auf den bestehenden Eigentumsverhältnissen und den Gesetzen von Reichtumsproduktion und Reichtumsaneignung. Mit dem Verkauf der Arbeitskraft und ihrer Anwendung durch den Käufer ist zum einen ein Herrschaftsverhältnis gegeben, zum anderen eine objektive Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander.

Vor diesem Hintergrund haben sich die abhängig Beschäftigten ab dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts in Gewerkschaften zusammengeschlossen, um die schädliche Konkurrenz untereinander nach und nach aufzuheben und kollektive Regelungen zu Fragen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Marx nannte diese Selbsthilfeorganisationen der abhängig Beschäftigten das „moralische Element“ bei der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft. Die Existenz von sozialen Klassen (bzw. Schichten), deren Zusammenschluss in Gewerkschaften und die teilweise auch harte und kämpferische Austragung von ökonomischen und sozialen Gegensätzen sind bereits der sichtbare Widerspruch zu sämtlichen Vorstellungen von harmonischer und „volksgemeinschaftlicher“ Einheit einer – seit dem 19. Jahrhundert in der Form bürgerlicher Nationalstaaten zusammengefassten – Bevölkerung. Die gesamte Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung widerlegt bis zum heutigen Tag konkret alle angeblichen „nationalen Übereinstimmungen“, die vor allem, aber nicht nur, von Faschisten herangezogen werden, um „völkische Gemeinsamkeiten“ zu begründen.

„Volksgemeinschaft“ im Sinne der Nazis bedeutet die Leugnung der Unterschiede in der Gesellschaft hinsichtlich Herkunft, Beruf, sozialer Lage, Vermögen, Bildung und Kapital. Die einzig bedeutende Bestimmung des Menschen ist nach nationalsozialistischen Vorstellungen die „blutsmäßige Zugehörigkeit“ zum deutschen Volk, wobei jedem Deutschen seine Stellung „naturgemäß“ gegeben ist. Dies ist der Ausgangspunkt für die grundlegende Gegnerschaft der Gewerkschaften gegen alte und neue Nazis.

Kapitalismus ohne Demokratie

Alte und neue Nazis streben eine alternative, quasi konkurrierende Form zur bürgerlich-demokratischen Herrschaft an. Sie wollen den Kapitalismus nicht abschaffen, sondern seine ökonomische Herrschaft erhalten. Aber sie wollen die demokratische Variante der politischen Herrschaftsausübung abschaffen – zugunsten einer diktatorisch-terroristischen Form. Um eine „saubere und reine Volksgemeinschaft“ ohne „störende Elemente“ zu errichten, erfordert diese Zielsetzung für die Nazis eine spezifische Art

- der Herrschaft über die menschliche Arbeitskraft,
- des Verhältnisses zu den Gewerkschaften,
- der Behandlung materieller und sozialer Interessen,
- von Massenmoral.

Wider die Vorstellung einer gesellschaftlichen Interessenharmonie

Wenn man alte und neue Nazis und ihr Verhältnis zu den abhängig Beschäftigten und den Gewerkschaften betrachtet, dann fällt sofort auf, dass bezüglich der Wirtschaft die Fiktion einer Interessenharmonie von Lohnarbeit und Kapital dominiert. Dies bedingt unmittelbar die Vorstellung von einer Arbeitswelt ohne Gewerkschaften. So hieß es etwa im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ der Nationalsozialisten von 1933: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“. Mit diesen Begriffen wurde die faktische Festigung der kapitalistischen Machtstrukturen verdeckt, die in Wirklichkeit mit der gesetzlichen Verankerung des „Führerprinzips“ in der Wirtschaft und mit der Zerschlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gestärkt wurden. An die Stelle der Gewerkschaften trat die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF), die von vorneherein die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ zum Ausdruck brachte.

Der Anspruch der Nazis, mit ihrem Programm der „nationalen Errettung“ dem „Niedergang“ des deutschen Gemeinwesens entgegenzutreten, war eng verbunden mit Appellen, insbesondere an die Arbeiterschaft, sich auf eine gründliche Selbstbeschränkung hin zu orientieren und materielle Ansprüche „dem Ganzen“ unterzuordnen. Adolf Hitler forderte entsprechend „Aufopferungsfähigkeit und Aufopferungswillen für die Gesamtheit“ („Mein Kampf“). Nur auf diese Weise erschien es den Nazis möglich, „ihr“ Volk, insbesondere das arbeitende, darauf zu verpflichten, die „nationale Gemeinschaft“ als höchstes Anliegen zu begreifen und die Berechtigung für die „Ausscheidung des Heterogenen“ (Juden, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten u. a.), wie es der Jurist Carl Schmitt formulierte, im Massenbewusstsein zu verankern.

Die Nazis hatten eine irrealer Auffassung von der Bedeutung des „Allgemeinwohls“, dem sich die Einzelnen nach dem Motto „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ bedingungslos unterzuordnen hatten. Das aufdringliche faschistische Lob der Arbeit bedeutet nichts anderes als materielle Beschränkung: „Jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Erfinder, Beamte usw., der schafft, ohne selber je zu Glück und Wohlstand gelangen zu können, ist ein Träger dieser hohen Ideale, auch wenn der tiefere Sinn seines Handelns ihm immer verborgen bliebe“ („Mein Kampf“). Der opferbereite Dienst am Ganzen ist somit in der Nazi-Ideologie nichts anderes als die staatliche Relativierung der Interessen von abhängig Beschäftigten gegenüber den angeblichen Erfordernissen der Wirtschaft und des nationalsozialistischen Staates. Natürlich: Ein „nützliches Arbeitervolk“ braucht Arbeit und sein täglich Brot. Der nationalsozialistische Staat garantiert ihm daher Dienst und Ernährung, vor allem wenn er die „Weltkriegstauglichkeit“ seines Volkes herstellen will. Der eigentliche Skandal der Arbeitslosigkeit besteht für die Nationalsozialisten deshalb nicht darin, dass Menschen materiell und sozial absteigen. Er besteht in der Sicht der Nazis vielmehr darin, dass dem „arbeitsfähigen Volkskörper“ das Recht auf seine Benutzung und Vermarktung verweigert wird. Die Existenzgarantie im Schoße der „Volksgemeinschaft“ soll nämlich der Lohn für den geleisteten Dienst sein. Der Kern dieser völkischen Ideologie begründet das vermeintliche Recht des Nazistaates auf bedingungslose Verfügung über seine arbeitenden Untertanen.



Das „Freie Netz Süd“ knüpft heute mit einer Arbeiter-Rhetorik an die Parolen der Nationalsozialisten an. Damals wie heute geht es den Nazis nicht um die Interessen der Arbeiter, sondern um ihre materielle Selbstbeschränkung und ihren „Aufopferungswillen“ zu Gunsten einer angeblichen „Volksgemeinschaft“.

Deshalb waren Hitler und den Nazis auch moralische und Gesinnungsfragen (im Sinne nationalsozialistischer „Moral“) besonders wichtig. Nur mit entsprechender Moral und Gesinnung – unverdorben von materialistischen (d. h. für die Nazis: jüdischen und sozialistischen) Ansprüchen – lässt sich eine Arbeiterschaft ein Leben zumuten, das in erster Linie im selbstlosen Dienst am Kapital und am faschistischen Staat bestehen sollte.

„Sozialpolitik“ als Mittel zur Auslese und zur „Ausmerzung“

Nichtsdestotrotz – der nationalsozialistische Staat garantierte Dienst und Ernährung – existierte eine nationalsozialistische „Sozialpolitik“.

Die Arbeitsmarkt- und Arbeitsrechtspolitik war von folgenden Maßnahmen geprägt:

- Zerschlagung der Gewerkschaften
- Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF)
- Abschaffung der Tarifautonomie; Stärkung des Einflusses des nationalsozialistischen Staates auf die Löhne durch die „Reichstreuhand der Arbeit“
- Beseitigung des kollektiven Arbeitsrechts (die Nazis begriffen das Arbeitsrecht als „jüdisch-marxistisch“, wohingegen die „Sozialpolitik“ als „ausgesprochen deutsches Werk“ verstanden wurde)
- „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“; Einführung des „Führerprinzips“ in der Arbeitswelt
- Abschaffung der Betriebsräte
- Staatliche Lenkung des Arbeitseinsatzes
- Einschränkung des Rechts auf freie Berufswahl
- Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft völlige staatliche Lohnkontrolle und Arbeitsverpflichtungsmaßnahmen
- Insgesamt für die Lohnabhängigen teilweiser Verlust individueller, sozialer, wirtschaftlicher und partizipatorischer Rechte
- Allgegenwart von Zwang, Kontrolle und Disziplinierung
- Rekrutierung von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen
- Arbeitsideologie als Brücke zur rassenideologischen Durchdringung der Arbeitswelt anhand der Begriffe „Leistung“ und „Wettbewerb“
- Definition von „Leistungsschwachen“, „Arbeitsunwilligen“, „Asozialen“, „Schädlingen“ und „Parasiten“, denen durch „Arbeitserziehung“ und „Ausmerze“ beikommen werden „musste“.

In der **Rentenversicherung** wurde das „Führerprinzip“ in der Selbstverwaltung eingeführt und die Leistungsgewährung an politisches Wohlverhalten gekoppelt. In der **Krankenversicherung** wurde ebenfalls die Selbstverwaltung de facto beseitigt und das Personal nach rassistischen und politischen Kriterien „gesäubert“. In der **öffentlichen und freien Fürsorge** bestand der Kern der NS-Politik darin, die freie Fürsorgearbeit zurückzudrängen, die Leistungen den „Würdigen“ im Gegensatz zu den „Unwürdigen“ zu gewähren und Projekte „rasenpolitischen“ Charakters zu fördern. Es wurde hierzu die „NS-Volkswohlfahrt“ (NSV) gegründet. Die Aktivitäten in diesem Bereich waren geprägt von „rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien“, konkret also von der Förderung „arischer Volksgenossen“.

Nationalsozialistische „Sozialpolitik“ begriff sich als Teil der völkisch-rassistischen Ideologie. Ihre Prinzipien lauteten:

- Generelle Kürzungen im sozialpolitischen Bereich (Kriegsvorbereitung)
- „Sozialpolitik“ nur für den „arischen“ Bevölkerungsteil
- Biologistischer Blick auf Staat und „Volksgemeinschaft“
- Ausgrenzung und „Ausmerzung“ „kostenträchtiger, unproduktiver“ Menschen
- „Aufartung“ und „Aufnordung“ des „Volskörpers“
- Radikales Leistungsprinzip
- Wie der „Individualekörper“, so muss auch der „Volskörper“ von Schäden geheilt werden

Zusammenfassend muss betont werden, dass die generelle Politik der Nationalsozialisten und hierbei besonders die „Sozialpolitik“ der Stigmatisierung von „Leistungsschwachen“, der Ausgrenzung, der Auslese und schließlich der „Ausmerzung“ der „Minderwertigen“ und „Gemeinschaftsunfähigen“ diene. Dieser Grundansatz war nach der nationalsozialistischen „Logik“ ohne Massenmord nicht zu verwirklichen.



Neonazis der „Kameradschaft München“ griffen im Jahr 2010 in Miesbach eine Kundgebung gegen rechts an.

Der Blick der Nazis auf die Gewerkschaften

Einerseits war den Nazis klar, dass ein florierender Kapitalismus die ökonomische Quelle des „nationalen Erfolgs“ bedeutete. Andererseits sahen sie diesen Erfolg von der Konkurrenz der Klassen gestört, die sie nur als Gefahr begreifen konnten. Und so sahen sie einen Missbrauch gewerkschaftlicher Macht, wenn diese es an „patriotischer“ Rücksichtnahme fehlen ließen. Aus dieser Perspektive wurde der gewerkschaftliche Kampf für die Interessen abhängig Beschäftigter zum Verbrechen am „Fortkommen der Nation“. Das Verbot der Gewerkschaften, die Verfolgung und Ermordung vieler ihrer Mitglieder und Funktionäre und die generelle Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung waren die skrupellosen Konsequenzen aus dieser Denkweise. Nazis betrachteten und betrachten auch heute die „volks- und vaterlandsfeindlichen“ Gewerkschaften als einen wesentlichen „nationalen Missstand“ und als Hemmschuhe für das „Fortkommen der Nation“.

Terroristische Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

Der eigentliche Zweck der terroristischen Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besteht für jede faschistische Bewegung darin, den abhängig Beschäftigten ohne autonome Interessenvertretung eine Existenz als Manövriermasse des Kapitals und des faschistischen Staates aufzupressen. Sie sollen für den Konkurrenzkampf gegen andere Länder – auch für den kriegerischen – in Dienst genommen werden. Daher sehen Faschisten die Gewerkschaften als Feinde, die unterdrückt und ausgeschaltet werden müssen, weil sie der „völkischen Einheit“ im Wege stehen. Dieses politische und gesellschaftliche Konzept führt letztlich zur völligen Entrechtung von Lohnabhängigen und zu ihrer Verwandlung in „Soldaten der nationalen Arbeit“. Ohne das Wirken der Gewerkschaften kann der Wert der Ware Arbeitskraft – siehe oben den Begriff „moralisches Element“ bei der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft – vom nationalsozialistischen Staat und vom Kapital beliebig festgesetzt werden.

Rückblickend (und dieser schmerzhaft Rückblick muss sein, um nicht dieselben Fehler zu wiederholen) ist allerdings festzustellen, dass die deutschen Gewerkschaften die prinzipielle Schädlichkeit rechten Denkens und darauf folgender rechter Politik für die Interessen abhängig Beschäftigter seinerzeit nicht erkannt haben. Schlimmer noch: Sie haben sich vor und nach dem 30. Januar 1933 bis zur Selbstaufgabe angepasst. Als demonstrativer Höhepunkt dieser Anpassung kann der 1. Mai 1933 betrachtet werden, als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) zur Beteiligung an den Kundgebungen der Nazis aufrief und sich zur Einordnung der deutschen Arbeiter „in die Gemeinschaft des Volkes“ bekannte. Am 2. Mai 1933 wurden dann alle wichtigen Gebäude des ADGB und der Einzelgewerkschaften von SA- und SS-Trupps besetzt. Die Ausschaltung der Gewerkschaften wurde mit Verhaftung, Folter, Totschlag und Mord durchgesetzt.

Wir sehen: Anpassung an und Duckmäusertum gegenüber rechts führen zum eigenen Untergang. Alte und neue Nazis sind prinzipielle Feinde der Gewerkschaften und der abhängig Beschäftigten. Man darf ihnen niemals mit Ignoranz, Nachsicht oder gar partieller Zustimmung begegnen.

NPD, Neonazis und ihre Sozialhetze

Umdeutung der „sozialen Frage“ zur „nationalen Frage“

Soziale Fragestellungen spielen in der Propaganda der NPD und der Neonazis seit Jahren eine erhebliche Rolle. Ziel dabei ist es, die Rechte als Vertretung der „kleinen Leute“ und des „braven, deutschen (!) Arbeitsmannes“ zu profilieren. NPD und Neonazis sprachen sich besonders deutlich gegen die Politik der Agenda 2010 und Hartz IV aus. Teilweise wurden dabei Formulierungen verwendet, die man so ähnlich auch aus anderen Lagern kennt: beispielsweise die Bezeichnung von Hartz IV als „größter Raubbau unserer Nachkriegsgeschichte“. Die NPD forderte allerdings als Konsequenz aus ihrer Kritik nicht Streik, Generalstreik oder überhaupt Protestmaßnahmen abhängig Beschäftigter für eine andere Politik, sondern die Abschiebung der in Deutschland lebenden Ausländer, die entsprechend dieser nationalen Sortierung zu den Verursachern der sozialen Probleme erklärt werden.

Die NPD nimmt soziale Fragen nicht aus einer Kritik an der Sache selbst, also an den konkreten Inhalten und Interessen, heraus ins Visier, sondern als angebliche Folge einer „Überfremdung“ Deutschlands. Die Bestimmung nationaler Unterschiede als angebliche Ursachen existierender Probleme ersetzt bei der NPD die inhaltliche Kritik an sozialpolitischen Kürzungsmaßnahmen. Der Verweis auf diese soll nur den nationalistischen Ansatz mit möglichst ausdrucksvollen Bildern garnieren. Somit abstrahiert die NPD von bestehenden sozialen Unterschieden und deren kritischer Analyse, von einseitigen Kapitalinteressen und Fehlern staatlicher Politik zugunsten eines einzigen „Erklärungsansatzes“: nämlich der angeblichen Verursachung sozialer Probleme durch die Ausländer. Oder genauer: durch die „Aufweichung der Volksgemeinschaft“, in deren Konsequenz arbeitslose deutsche „Volksgenossen“ daran gehindert werden, sich produktiv schaffend und Opfer bringend „für Volk und Vaterland“ zu betätigen.

Die deutsch-nationale Interpretation von Missständen führt dazu, den Arbeitsmarkt letztlich als eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Deutsche misszuverstehen. Der Arbeitsmarkt ist aber kein Pott mit einer konstanten Zahl von Arbeitsplätzen, die ohne Ausländer für alle reichen würden. Im Kapitalismus entscheiden die Geschäftsaussichten im Rahmen der konjunkturellen Zyklen über die profitable Anwendung von Arbeitskräften: Deutsche und ausländische Unternehmen stellen deutsche und ausländische Arbeitnehmer/innen bei Bedarf ein – und entlassen sie auch, wenn es ihnen ökonomisch notwendig erscheint. NPD und Neonazis haben keine klare Vorstellung von Konjunktur und zyklischer Bewegung von Ökonomie, oder sie wollen sie nicht haben. Daher können oder wollen sie soziale Probleme auch nicht rational erklären. Deshalb bringen sie den Begriff „soziale Frage“ auch nur unfallfrei nach Hause, wenn sie ihn zur „nationalen Frage“ umdefinieren.

Kein Interesse an einem guten Leben der abhängig Beschäftigten

Für sich genommen kann die NPD gegen Hartz IV inhaltlich überhaupt nichts einwenden. Sie versucht lediglich eine ideologische Skandalisierung auf der Basis ihrer nationalistischen Sichtweise. Diesem Vorgehen kann zumindest entnommen werden, dass sozialer Raubbau in einem „ausländerfreien“ Deutschland für die NPD durchaus in Ordnung ginge. Opferbereitschaft für die Nation einzufordern, war schließlich immer eine elementare rechte Mentalmassage für das Volk. Der NPD und anderen Rechten geht es also nicht um das Wohlergehen von Lohnabhängigen und Arbeitslosen, sondern um das „Wohl der Nation“, für das ja gerade Opfer gebracht werden sollen.

Deutscher Kapitalismus mit „natürlicher“ sozialer Schichtung

Dem entspricht auch logisch die Vorstellung der NPD von der angestrebten „Volksgemeinschaft“: streng hierarchisch und autoritär strukturiert und klar sozial gegliedert in „oben“ und „unten“, eben gemäß den „natürlichen“ (biologischen) Unterschieden zwischen den Menschen, die sich in ebenso „natürlichen“ sozialen Unterschieden ausdrücken. Somit bleibt Krupp Krupp, und Krause bleibt Krause. Wobei Krause das brave, duldsame und von seinen Interessen Abstand nehmende Arbeitsvieh sein soll, das sich nicht nur in der Produktion verschleißt, sondern im „nationalen Bedarfsfall“ auch auf dem Schlachtfeld das Kanonenfutter für „Volksgemeinschaft“ und Vaterland abgeben soll. Selbstverständlich soll aus der Sicht der NPD die Förderung der „natürlichen“ Eliten durch den Staat diese „natürliche“ soziale Teilung zementieren. So formulierte bereits vor Jahren eine sächsische Zeitung der „Jungen Nationaldemokraten“: „Eine radikal rechte Position geht von der Ungleichheit der Menschen, Völker und Rassen aus. ... Deshalb...soll man Fleißige und Faule, Gescheite und Dumme unterschiedlich behandeln, also diskriminieren“. Die Ursachen von Krisen, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg werden auf diese Weise vollständig verfehlt. Ein „rein deutscher“ Kapitalismus mit einer „rein deutschen“ Sozialstruktur, der der „nationalen Gemeinschaft“ dient – das ist die idyllisierende Vorstellung der NPD. Und dann gehen auch alle sozialpolitischen Gemeinheiten völlig in Ordnung.

NPD und Neonazis interessieren sich für materielle Fragen von abhängig Beschäftigten nicht. Sie ignorieren die widerstreitenden Interessen, die in der Gesellschaft erkennbar sind. Ebenso wenig sind sie an der Analyse von Lohnarbeit und des damit verbundenen Herrschaftsverhältnisses interessiert. Die Interessen abhängig Beschäftigter erscheinen im rechten Diskurs allenfalls unter dem Begriff „Gruppenegoismen“, welche aber zugunsten des „Ganzen“ zurückgedrängt werden müssten. Materielle und soziale Fragen gelten als quasi automatisch erledigt, wenn das Land „frei“ von Ausländern ist und sich die „rassisch einwandfreie Volksgemeinschaft“ durchgesetzt hat.

Die Einheitsgewerkschaft als prinzipielles Feindbild

Die NPD und die Neonazis stehen in feindlichem Gegensatz zu den Gewerkschaften als Interessenvertretungen für alle **abhängig Beschäftigten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Nationalität, Religion, Weltanschauung etc.** Nur die Tatsache der abhängigen Beschäftigung und die Formulierung von Positionen, die **alle Beschäftigten** integrieren, zählen für die **Einheitsgewerkschaft**. NPD und Neonazis mit ihrem nationalistischen und rassistischen Denken stehen dem diametral gegenüber. Sie sehen weder die zentrale Rolle des Verkaufs der Ware Arbeitskraft in den Arbeitsbeziehungen, noch die sich daraus ergebende Notwendigkeit von starken Einheitsgewerkschaften. Sie ignorieren, dass es im System der Lohnarbeit nicht auf die Nationalität und die Hautfarbe ankommt und deshalb gewerkschaftliches Handeln, will es durchsetzungsstark sein, **alle Menschen** einbeziehen muss, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben.

Sind NPD-Leute und Neonazis auch noch selbst abhängig Beschäftigte, begehen sie damit einen schweren Fehler, schädigen sie mit dieser Haltung doch nicht nur die abhängig Beschäftigten insgesamt, sondern auch sich selbst. Für einen Teil der rechten Szene ist diese gewerkschaftsfeindliche

Grundhaltung allerdings Ausgangspunkt und hinreichende Begründung für Angriffe auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie auf Veranstaltungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zum 1. Mai und bei anderen Anlässen. Von Flugblattverteilungen vor Gewerkschaftshäusern über die Bedrohung einzelner Kolleginnen und Kollegen im Internet bis hin zu akribisch geführten „Besuchslisten“ erstreckt sich die Bandbreite antigewerkschaftlicher Aktivitäten (s. dazu ausführlicher Kapitel 3 „Gewerkschaften im Fokus der Rechten“).

Vom „schaffenden“ und „raffenden“ Kapital

Die NPD, hier der oberbayerische Bezirksvorsitzende Roland Wuttke, gibt sich teilweise bürgernah und sozial, beschäftigt sich aber nicht mit den Interessen abhängig Beschäftigter.



Die NPD und die Neonazis sprechen nie vom „Kapital“ (von Lohnarbeit, wie aufgezeigt, ohnehin nicht), sondern wahlweise vom „Großkapital“, vom „Finanzkapital“ oder von „ökonomischer Monopolpolitik“. Weil sie den Gesamtzusammenhang von Lohnarbeit, Kapital, Mehrwert, Profit, Akkumulation, Kredit und Zins völlig außer Acht lassen, kommen sie über einen „vulgären Antika-

pitalismus“, der mit rationaler Kapitalismuskritik nichts zu tun hat, nicht hinaus. So gelten ihnen Unternehmen, die grenzüberschreitend agieren, als „vaterlandslose Gesellen“ und ist ihre gesamte Rhetorik in dieser Hinsicht verbunden mit antisemitischen Stereotypen. Die als negativ erachteten Seiten der Ökonomie (Kredit, Geld, Zins) werden dem angeblich weltweit agierenden Judentum zugeschrieben. Das „deutsche schaffende“ Kapital (gut!) wird dem international agierenden „raffenden jüdischen“ Kapital (schlecht!) gegenübergestellt. Die angebliche Gier und Unersättlichkeit bestimmter Menschengruppen, die Zockermentalität und andere moralisch verwerfliche menschliche Eigenschaften sollen es sein, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben. Der Kapitalismus kommt dabei glänzend weg und wird jeglicher Kritik enthoben. Jeder wirkliche Zusammenhang wird ausgeblendet, es erfolgt nicht eine rationale Bestimmung auch nur einer einzigen ökonomischen Kategorie.

Kritikern der Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit rechtem Gedankengut nichts zu schaffen haben, sei dringend ans Herz gelegt, einmal darüber nachzudenken, warum es Nazis so leicht fällt, sich an bestimmte Bewegungen mit teilweise denselben Begrifflichkeiten anzubiedern. Es ist zu reflektieren, wie eine rationale Analyse und Kritik an ökonomischen Entwicklungen auszusehen hat, die eben nicht unabsichtlich Instinkte derjenigen mit bedient, die gesellschaftliche und ökonomische Probleme personalisieren und dabei über „Heuschrecken“ und „den Juden“ analytisch nicht hinauskommen.

Aus aktuellem Anlass: Eliten und Pöbel – Sarrazin, die Unterklassen und die Vererbung

Die Dummen, ihre Gene und ihre mangelnde Sittlichkeit

Eine **spezifische Rolle** im rechten Diskurs nahm in den letzten beiden Jahren der sozialdemokratische Politiker und frühere Bundesbanker Thilo Sarrazin ein, der mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ einen großen publizistischen Erfolg erzielte. Es wäre falsch, Sarrazin unter „NPD und Neonazis“ zu verorten. Er ist vielmehr ein Scharnier zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem.

Sarrazins Buch wurde fälschlicherweise „nur“ als rassistisches und ausländerfeindliches bzw. antimuslimisches Buch wahrgenommen, was es ohne Zweifel auch ist. Aus der Sicht von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften ist ein anderer Gesichtspunkt in diesem Buch von erheblicher Bedeutung: Der Generalangriff Sarrazins als Vertreter der Eliten auf die unteren Schichten der Gesellschaft, auf die Ansprüche von Beschäftigten und auf die gesamte Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Sarrazin ist der Intellektuelle, der massenwirksam den Blick der Eliten auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungen in der Gesellschaft zusammenfasst und in entsprechende Deutungen übersetzt.

Sarrazin betrachtet die Menschen in der Gesellschaft als Ressource und unterzieht sie einer Tauglichkeitsüberprüfung, d.h. er mustert sie nach Brauchbarkeit, Nützlichkeit und Benutzbarkeit für eine Politik der neoliberalen Exportorientierung Deutschlands. Folgerichtig sind in seiner Sicht diejenigen, die nicht (mehr) gebraucht werden, ein einziges Problem für die Gesellschaft und ihre Eliten. Arbeitslosigkeit, Prekarität und sozialer Abstieg sind für Sarrazin einerseits aufgrund fehlender Moral und Sittlichkeit der unteren sozialen Schichten und aufgrund des angeblich überreichlichen Sozialstaatsangebots selbst verschuldet. Andererseits spielen ethnische und religiöse Aspekte in einer Mischung mit defizitären genetischen Voraussetzungen („Die Dummen“) eine entscheidende Rolle für Sarrazins Begründung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausgrenzung der „Unterschicht“.

Dabei begeht Sarrazin eine häufig anzutreffende Verkehrung: Die „Täter“ (Er selbst war eine wichtige intellektuelle Figur der Agenda 2010) schieben den „Opfern“ die Verantwortung für ihre ureigene Politik zu.

Neoliberalismus und Daseinskampf für Deutschland

Sarrazin und andere (Sloterdijk, Bohrer, Bolz, Baring u.a.) erklären Klassen und Schichten in der Gesellschaft für naturgegeben und laden die bestehenden Probleme religiös, ethnisch und genetisch auf. Mit dem Panikruf „Deutschland schafft sich ab“ wird das Ganze nationalistisch verdichtet und zum Kampfruf: Die „dummen Deutschen“ und die „einströmenden dummen Ausländer“ pflanzen sich mehr fort als die „klugen Deutschen“, und das alles wird gefördert von einem Sozialstaat der Bequemlichkeit. Daher kommt es nach Sarrazin zu einer Abnahme der „intelligenten Substanz“ in Deutschland. Seine Welt ist die des Überlebenskampfes, und dieser wird durch den modernen Sozialstaat verzerrt: Es vermehren sich die „Falschen“, und deshalb darf es keine Unterstützung mehr für die „Unproduktiven“ geben. Wir sehen: Die Eliten formulieren ihre tief sitzenden Ressentiments gegen ethnische Minderheiten und sozial Schwache.

Der somit intellektuell ausgefochtene Kampf gegen die Gleichheit der Menschen und für mehr Ungleichheit in der Gesellschaft wirft die Frage auf – **deshalb erscheinen diese Zeilen auch und gerade in dieser Broschüre** – welche politischen Pforten hier geöffnet werden. Wenn 60 Prozent der Deutschen meinen, in Deutschland müssten zu viele sozial Schwache mit versorgt werden, und wenn ein Drittel meint, in Krisenzeiten könne man es sich nicht mehr leisten, allen Menschen gleiche Rechte zuzugestehen, dann sind hier relevante Andockstellen für neonazistische Agitation gegeben: biologische Erklärungsmuster, Sortierung der Menschen in „natürliche“ Schichten bzw. Klassen und die Zuspitzung dieser Auffassungen seitens wichtiger bürgerlicher Kreise, die von der NPD (noch) nicht erreicht werden. Das Thema Sarrazin gehört in diese Broschüre, weil er bei allen Widersprüchlichkeiten im Einzelnen (Gleichzeitigkeit von klassischen sozialdemokratischen Positionen **und** reaktionären eugenischen Auffassungen) **anschlussfähig** nach rechts ist. Dies beweisen die überschwänglichen Reaktionen aus der NPD, aus der Kleinstpartei „Die Freiheit“, der rechten Zeitung „Junge Freiheit“ und vieler anderer mehr. Dabei kann laut dem Historiker und Publizisten Volker Weiß „von einer Funktionalisierung der Thesen Sarrazins durch die äußerste Rechte...keine Rede sein: Mit seinen sozialdarwinistischen Ausfällen und der Wahl einer zentralen Referenz aus dem neonazistischen Spektrum vollzog Sarrazin den Schulterchluss mit dieser Richtung selbst“.

Aus der Perspektive der Gewerkschaften hat die öffentliche Debatte um Sarrazin eine besondere Bedeutung. Geht es dabei doch im Zusammenhang mit den prekären „Unterschichten“ auch um die Zukunftsfähigkeit gewerkschaftlicher Reformperspektiven und um die nicht ganz unwichtige Frage, wer mittelfristig die Kosten der Finanzkrise unter schwierigen ökonomischen Bedingungen trägt.

Gewerkschaftliche Einwände gegen Sarrazin & Co

Sarrazin ist ein Scharnier zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem. Seine rassistische Argumentation schlägt eine Brücke zwischen Neonazis und Rechtspopulisten. Im Bild eine „Republikaner“-Kundgebung auf dem Münchener Marienplatz 2011.



Die Gewerkschaften, ihre Mitglieder und Funktionäre müssen im Sinne des Erhalts ihres Handlungsspielraums vermehrt an solchen Diskussionen teilnehmen und dabei mindestens folgende Positionen dagegenhalten:

- Dass viele Kinder aus unteren Schichten Akademikerkindern unterlegen sind, ist Resultat des Bildungssystems. Wenn Sarrazin penetrant von „den Dummen“ spricht, müsste betont werden, dass diese „Dummheit“ auch bildungspolitisch und politisch hergestellt wird.
- Wenn Menschen ausgegrenzt werden und prekär leben müssen, ist dies das Ergebnis marktwirtschaftlicher Mechanismen verbunden mit staatlicher Politik.
- Das Ideal eines „deutschen Volkes“, das harmonisch vor sich hin lebt und sich „angemessen“ vermehrt, ist nichts anderes als die ideologische Verschleierung der tatsächlichen ökonomischen, sozialen und politischen Gegensätze in der Gesellschaft. Gemeinsamkeiten werden erfunden, die von der täglichen Wirklichkeit dementiert werden.

Gewerkschaften und Neofaschismus

Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern

Wir wissen spätestens seit den Befragungen durch infratest dimap 1998, seit den Analysen des Wahlverhaltens von Gewerkschaftsmitgliedern bei diversen Wahlen und nicht zuletzt seit den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ an der FU Berlin im ersten Halbjahr 2005, dass rechte Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern genauso verbreitet sind wie unter unorganisierten Arbeitnehmern. Die letztgenannte Studie enthält zusätzlich den Befund, dass gewerkschaftlich organisierte einfache Arbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung doppelt so häufig rechtsextrem eingestellt sind wie unorganisierte Arbeiter mit demselben Bildungsstand.

Auch die gewerkschaftlich organisierten Angestellten in Verantwortungspositionen sind doppelt so häufig rechtsextrem eingestellt wie die gleiche Angestelltengruppe ohne Gewerkschaftsbindung. Organisierte Facharbeiter neigen geringfügig stärker zu rechtsextremen Auffassungen als unorganisierte.

Ein bedeutendes Resultat der Studie lautet also: Wichtige Trägergruppen der gewerkschaftlichen Arbeit, nämlich Facharbeiter und Angestellte in Verantwortungspositionen, sind nicht automatisch immun gegenüber rechtsextremen Einstellungen.

Als Hauptursache für dieses Resultat bezeichnen die Autoren die veränderte Rolle dieser Gruppen in den industriellen Beziehungen. Diese Gruppen seien lange Zeit nicht nur Trägerinnen und Gewinnerinnen einer erfolgreichen Tarif- und Arbeitspolitik, sondern auch Nutznießerinnen der ökonomischen Prosperität gewesen. Ihre Stellung sei nun durch Globalisierung, Modernisierung, Deregulierung und Unterbietungskonkurrenz gefährdet. Es drohe speziell ihnen ein Status- und Privilegienverlust, eine Demontage früherer gewerkschaftlicher Erfolge, und zwar nicht zuletzt durch die Zurückdrängung der gewerkschaftlichen Macht. Daher sähen manche ihre Schutzbedürfnisse nur durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik gewährleistet: „Als Arbeitnehmern droht ihnen das Schicksal von sozialen Verlierern, als Gewerkschaftsmitgliedern droht ihnen das Schicksal von politischen Verlierern“, heißt es in der Studie.

Schlussfolgerungen

Die Autoren schlussfolgern:

- Rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern sind Ausdruck tief greifender politischer und ökonomischer Veränderungen und der Krise der Gewerkschaften.
- Gewerkschaftliche Erklärungsmuster, so es diese überhaupt ausgearbeitet gibt, erreichen viele Mitglieder nicht; sie sind entweder nicht bekannt oder werden nicht angenommen.
- Wenn dies so ist und wenn Mitglieder betriebsbezogene, konkurrenzbedingte Sachzwänge akzeptieren, geht die Chance einer solidarischen und demokratischen Verarbeitung der Probleme und Konflikte verloren.
- Moralische Verweise auf die Nazizeit („Wehret den Anfängen“) reichen bei weitem nicht aus. Die Herausforderung besteht darin, eine Politik und Praxis zu konzipieren, die an der Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten ansetzt. Diese Politik und Praxis muss auf den Ebenen „Betriebliche Interessenvertretung“, „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“, „Tarifpolitik“, „Bündnispolitik“ und „Lobbyarbeit“ ansetzen.
- Eine nur betrieblich ausgerichtete oder als Beiwerk angelegte Behandlung des Themas wird scheitern. Ebenfalls scheitern werden Projekte gegen rechts, wenn rechtsextreme Einstellungen im Kontext von Handlungsperspektiven der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht offen angegangen werden.



10.000 Menschen stellten sich am 1. Mai 2010 in Schweinfurt einem Aufmarsch von Neonazis entgegen. Organisator war das Bündnis „Schweinfurt ist bunt“, das maßgeblich vom DGB koordiniert wird. Foto: DGB-Region Schweinfurt-Würzburg

Die Resultate dieser Studie von 2005 wurden in den Gewerkschaften nicht breit diskutiert, außer in kleinen Kreisen von Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin seit Jahren mit diesem Thema befasst sind. Eine ernsthafte und breite Diskussion wäre nützlich. Der drohende ökonomische Abschwung, die europaweite Sparpolitik, die alles andere als gelösten Probleme der Finanzkrise sowie die Umfragen in der Bevölkerung (z.B. „Deutsche Zustände“, Heitmeyer) und unter Gewerkschaftsmitgliedern erfordern es, selbstkritisch an die Sache heranzugehen. Die Gewerkschaften sind eben kein Hort des Antifaschismus als solcher und von vorneherein, und ob sie dies jemals waren – siehe 1. Mai 1933 – soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden.

Grundlegende Orientierungen der Gewerkschaften und des DGB Bayern

1. Am Beginn jeder Auseinandersetzung muss die Absage an Verharmlosen, Leugnen und Ignorieren stehen. Es muss der politische Willen hergestellt werden, das Thema „Neofaschismus“ ernsthaft innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften anzugehen. Der wichtigste Bündnispartner ist hierbei als erster und vor allem die eigene Mitgliedschaft.

2. Der gewerkschaftliche Zugang zum Thema, nämlich der Bezug auf die Interessen abhängig Beschäftigter, muss der Kern unseres Ansatzes sein. Die Schädlichkeit faschistischer Politik für abhängig Beschäftigte ist Dreh- und Angelpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten nach innen und außen. Rechts denkende Kolleginnen und Kollegen sind nicht über abstrakte Ideale, sondern nur über diesen Interessenbezug zu erreichen.

3. Rechts stehende Menschen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften sind denkende Menschen. Sie haben eine Verstandesleistung erbracht, die ihnen eine rechte Position als für sie stimmig erscheinen lässt. Dies bedeutet für den innerorganisatorischen Zugang in erster Linie eine Auseinandersetzung mit Gedanken und Inhalten, und zwar mit fehlerhaften Gedanken und falschen Inhalten. Jede politische Bildungsarbeit ist ergebnisoffen; sie zielt auf den menschlichen Kopf, den Ort, an dem diejenige spezifisch menschliche Eigentätigkeit stattfindet, die als Denken bekannt ist. Hier besteht die Möglichkeit, fehlerhafte Urteile zu revidieren. Dies markiert die Grenze, aber auch die Chance gewerkschaftspolitischer Bildungsarbeit.

4. Zeuner u. a. betonen in ihrer Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ den Stellenwert der Aktivierung der Mitglieder und der Ermöglichung von Partizipation und begreifen diese Abkehr vom Stellvertreterhandeln als starkes Bollwerk gegen Rechtsextremismus. Motto: **Nur starke Individuen sind solidaritätsfähig. Nur solidarische Individuen sind stark.**

5. Es ist im Gesamtzusammenhang dieser Thematik geboten, uns als Gewerkschaften offen mit unserem Verhältnis zu Themen wie Patriotismus, Heimat, Nationalismus, Standort Deutschland etc. auseinanderzusetzen. Dabei werden nämlich sehr schnell die Fragen berührt, wie ein normaler, kreuzbraver Nationalismus in bestimmten Situationen zu Übergängen ganz anderer Art in der Lage ist, und warum in der „Mitte der Gesellschaft“ und in der Mitte der Gewerkschaften rechte Denkformen in einem nicht unerheblichen Ausmaß verankert sind.

6. Die Gewerkschaften brauchen Politik- und Strategiekonzepte in verschiedenen Politikbereichen für das „untere Drittel“ der Gesellschaft: Niedrigverdiener mit formal niedrigem Bildungsstand, prekär Beschäftigte in den verschiedenen Lebens- und Arbeitssituationen, ausgegrenzte deutsche und ausländische Jugendliche, Arbeitslose, 1-Euro-Jobber, Hartz-IV-Empfänger, Leiharbeiter etc. Hier könnte sonst etwas entstehen, das sich auf die Perspektiven der Gewerkschaften insgesamt und gerade auf den Kampf gegen rechts verheerend auswirkt. Das erfordert allerdings bei allen Beschäftigten die Ausbildung der Erkenntnis, dass ein neues Niveau umfassender Solidarität, und zwar auch mit

internationaler Perspektive, erarbeitet werden muss. Nur mit inklusiver Solidarität wird den künftigen Anforderungen zu begegnen sein.

7. Die Gewerkschaften müssen ihr Engagement in der Bildungspolitik verstärken. In der Mitgliedschaft und hier speziell in der Arbeitermitgliedschaft scheint nur ein geringes Bewusstsein von der Benachteiligung ihrer Kinder vorhanden zu sein. Diese Benachteiligung und ihre Konsequenzen auch für rechtes Denken müssen stärker thematisiert werden. Verantwortlich für diese Defizite sind nämlich nicht die Betroffenen selbst, sondern vielmehr ein auf Auslese orientiertes Bildungssystem, in dem absurderweise gerade diejenigen, die intensivster Bildungsanstrengungen bedürften, frühzeitig von eben diesen Bildungsanstrengungen ausgeschlossen werden.

8. Wir brauchen eine neue Initiative zur Revitalisierung der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit. Die vielfältigen Funktionen von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (Politische Breitenbildung; Historische Bildung zur Herstellung eines kollektiven historischen Gedächtnisses; Verständigung über grundsätzliche Fragen, Gesellschaftstheorie; Ausbildung der nötigen Eigensinnigkeit, um nicht nur das nachzuvollziehen, was die Dynamik der Märkte vorzugeben scheint; etc.) sind in den vergangenen 15 bis 20 Jahren nach und nach unter die Räder geraten. Unter den Bedingungen des vorherrschenden neoliberalen Dauerbeschusses hat das auf allen Ebenen zu erheblichen Verunsicherungen in der Mitgliedschaft geführt. Alle (auch aktuellen) empirischen Untersuchungen, über die wir diesbezüglich verfügen, weisen das massive Bedürfnis gerade im ehrenamtlichen Funktionärsbereich nach gewerkschaftlichen Deutungs- und Interpretationsangeboten – besonders in ökonomischen Fragen – aus. Je mehr politische Bildung in den Gewerkschaften, umso niedriger der Zustimmungsgang zu rechten Positionen, das sei hier als abschließende These zur Diskussion gestellt.

Handlungsmöglichkeiten

Wie gezeigt sind die Gewerkschaften und der DGB als Dachverband aus guten Gründen prinzipielle Gegner neofaschistischer Entwicklungen.

Diese treten logischerweise immer örtlich zutage durch

- Aufmärsche und Kundgebungen
- Infostände und Flugblattverteilungen
- Parteibüros und Szene-Läden
- Schulhofagitation
- Treffen in Kneipen und auf Privatgrundstücken
- Schmierereien und Zerstörungen
- Störungen von Veranstaltungen
- Drohungen und Gewalt gegenüber Minderheiten
- Drohungen und Gewalt auch gegenüber Gewerkschaftskollegen/innen und Gewerkschaftsveranstaltungen.

Die wichtigsten Orte der Auseinandersetzung sind die Städte und Gemeinden. Dort muss konkret darauf geachtet werden, ob es Aktivitäten der rechten Szene gibt. Hier sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gefordert, nicht als Helden, sondern als bewusste Menschen mit offenen Augen und Ohren.

- Der Ausgangspunkt für alles ist die Wahrnehmung dessen, was ist.
- Genauso wichtig ist (Stichwort: Stadt- und Kreisverbände des DGB) die kommunalpolitische Präsenz, v. a. hinsichtlich des Eintretens für eine sozial inkludierende Sozial- und Jugendpolitik (Auffangnetze gegen soziale Spaltungen).
- Dann ist entscheidend die Schaffung eines Bewusstseins für die Problematik – gegen das Verniedlichen, Verschweigen und ignorante Kleinreden. Örtliche und regionale Bildungsarbeit ist dabei ein unverzichtbarer Bestandteil.
- Sinnvollerweise sollten Verbündete gesucht werden, Einzelpersonen (Eltern, Lehrer, Pfarrer, Gemeinderäte, Bürgermeister, Journalisten, Betriebsräte ansässiger Betriebe, Künstler) und Organisationen (Parteien, Kirchen, Sozialverbände, Behindertenverbände, Kultusgemeinden, Jugendverbände, Sportvereine etc. je nach örtlicher Gegebenheit).
- Wichtig ist es, örtliche Ansprechbarkeit herzustellen. Dies geht am besten im vorpolitischen Raum.
- Grundsätzlich anzustreben sind kontinuierliche örtliche und regionale Bündnisse, in denen nicht nur Organisationsarbeit geleistet werden darf, sondern auch inhaltliche Arbeit.
- Ab einem bestimmten Zeitpunkt ist, gut geplant, inhaltlich begründete Öffentlichkeit herzustellen, unbedingt unter Einbeziehung der örtlich und regional existierenden Strukturen von Gewerkschaften und DGB. Prinzipiell gilt: Wenn wir unsere eigenen Mitglieder und Funktionäre nicht erreichen, werden wir auch andere nicht erreichen. Deshalb sollten frühzeitig Gespräche zur praktischen Unterstützung von Aktionen gegen rechts mit den Gewerkschaften geführt werden.
- Jeweils vor Ort ist zu entscheiden, welche Aktionsform welcher Nazi-Aktivität angemessen ist. Insbesondere ist sorgfältig zu diskutieren, wie mit den beteiligten Behörden umzugehen ist. Besonders ehrlich und verantwortungsbewusst im Hinblick auf die Konsequenzen sind diejenigen Aspekte zu diskutieren, die mit eventuellen Regelverstößen verbunden sind (beispielsweise die Blockade von Aufmarschrouten u.ä.). Es empfiehlt sich prinzipiell, immer rechtzeitig das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu suchen. Der DGB kann mit seinen örtlichen Strukturen Kontakte herstellen.
- Im Falle massiver Drohungen oder gar Gewalttätigkeiten von Neonazis ist kein individuelles Heldentum zu demonstrieren, sondern die Einschaltung der zuständigen Behörden geboten. Gleichzeitig sollte Öffentlichkeit hergestellt und eine gut organisierte Begleitung der behördlichen Ermittlungsarbeit gewährleistet werden. Dies sollte wiederum in Kooperation mit den örtlichen Kolleginnen und Kollegen der GdP geschehen.

Literatur, Zeitschriften, Kontakte

Bücher

Friedrich Burschel (Hrsg.): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz. Berlin 2010 (Karl-Dietz Verlag)

DGB Bayern: Hinsehen – Handeln, Initiativen des DGB Bayern gegen Rechtsextremismus, München 2008

DGB-Bundesvorstand: Trittbrettfahrer der sozialen Frage, Sozialdemagogie von NPD und Neonazis, Berlin 2007

DGB-Bundesvorstand: Workshop „Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“, Dokumentation der Veranstaltung am 16. September 2011, Berlin 2011

Richard Gebhardt/Dominik Clemens (Hg.): Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis. Köln 2009 (PapyRossa Verlag)

Freerk Huiskens: Der demokratische Schoß ist fruchtbar...Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus. Hamburg 2012 (VSA)

Yves Müller/Benjamin Winkler: Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts. Reihe: Crashkurs Kommune 6. Hamburg 2012 (VSA)

Andrea Röpke/Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Berlin 2011 (Ch. Links Verlag)

Volker Weiß: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin. Paderborn 2011 (Ferdinand Schöningh Verlag)

Bodo Zeuner u. a.: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Münster 2007 (Verlag Westfälisches Dampfboot) Vergriffen (eventuell antiquarisch erhältlich)

Zeitschriften (Auswahl)

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenastr, 2 a, 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

blick nach rechts, Online-Magazin (erscheint alle zwei Wochen)
www.bnr.de

DerRechteRand, Das Magazin von und für AntifaschistInnen
Postfach 304180, 20324 Hamburg
www.der-rechte-rand.de

Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org

Kontakte (Auswahl)

Projektstelle gegen Rechtsextremismus,
Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen
www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

a.i.d.a. Archiv München
antifaschistische Informations-, dokumentations- und archivstelle München
www.aida-archiv.de

Bayerisches Staatsministerium des Innern, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Bayern gegen Rechtsextremismus – Bayerisches Informationsportal zum Thema Rechtsextremismus
www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
www.lks-bayern.de

Aktuelle journalistische Informationen zum Rechtsextremismus
www.netz-gegen-nazis.de

DGB
Bayern

